

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/134

16. Juli 1976

Das "soziale Gewissen" der CDU

Privatisierungs-Spekulationen können teuer
zu stehen kommen

Von Hans Koechnick
Stellv. SPD-Vorsitzender und Präsident des
Senats von Bremen

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Die rechtspolitische Bilanz der SPD ist positiv!

Vier Jahre realistische und erfolgreiche
Rechtspolitik

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesjustizminister und Mitglied des
SPD-Präsidiums

Seite 3 bis 5 / 93 Zeilen

Das ist die "Freiheit" der CSU

Brutale Ausnutzung der Mehrheitsposition im
Landtag

Von Volkmar Gabert MdB
SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 6 / 38 Zeilen

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl VII

Seite 7 bis 9 / 121 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Fraßenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 09 88 548 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376811

Das "soziale Gewissen" der CDU

Privatisierungs-Spekulationen können teuer zu stehen kommen

Von Hans Koschnick

Stellv. SPD-Vorsitzender und Präsident des Senats von Bremen

Der Generalsekretär der CDU, Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, setzte sich im "Deutschland-Union-Dienst" wieder einmal kritisch mit dem angeblich gestörten Verhältnis der SPD zur "freien und sozialen Marktwirtschaft" auseinander. Sein Versuch, die Stellungnahme des Parteivorstandes der SPD zur "Privatisierungskampagne" der CDU/CSU "als ein Musterbeispiel für schlechten politischen Stil" hinzustellen, spricht für sich, wenn man sieht, wie hier klare Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen und verfälscht interpretiert werden.

Weder die Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand noch der SPD-Bundesvorstand selbst vermögen Prof. Biedenkopf in seiner Unterstellung zu folgen, "in unserer Stellungnahme käme wieder die große Angst zum Vorschein, ein privater Unternehmer könne Gewinne erzielen". Man muß nicht unbedingt seine Lehrzeit in der deutschen Großwirtschaft absolviert haben, um zu wissen, daß überhaupt kein privater Unternehmer existieren kann, wenn er nicht Gewinne macht. Das Problem kann also nicht in der Gewinnerwartung begründet sein, sondern doch nur in der Art und Weise, wie man Gewinne macht und wer diese Gewinne zu bezahlen hat.

Was heißt es denn konkret, wenn der CDU-Generalsekretär die Selbstbeschränkung des Staates fordert, um den Freiheitsraum des Einzelnen zu erhöhen, und er u.a. für jede Ausgliederung einer für die Allgemeinheit wichtigen Aufgabe aus der allgemeinen Verwaltung verlangt: "es muß natürlich sichergestellt werden, daß die Leistungen nicht eingeschränkt oder der Preis zu Lasten der Bürger ungebührlich erhöht wird"?

Was versteht die CDU/CSU unter nicht ungebührlicher Erhöhung? Doch wohl das, was die einflußreiche CDU-Staatssekretärin in der rheinland-pfälzischen Landesregierung, Dr. Hanna Renate Laurien, eine enge Mitarbeiterin des Ministerpräsidenten Dr. Kohl, kürzlich "aus dem Sack ließ", als sie zur Reduzierung von Sozialtarifen folgendes vor dem Deutschen Landkreistag ausführte: "Was halten wir davon, daß der Besuch eines Hallenbades die Gemeinde heute durchschnittlich sechs DM kostet, sie aber nur 1,50 DM an Eintrittsgeld kassiert und den Rest als Daseinsvorsorge verbucht? Damit wird nicht mehr Lebensqualität vermittelt, sondern im Grunde Anspruchsinflation gefördert, die mehr haben möchte, ohne mehr sein zu wollen, damit wird eine Konsummentalität gezüchtet, die kaum Bereitschaft zur Mitgestaltung entwickelt. Warum nicht angesichts eines allgemein hohen Lebensstandards die kostendeckende Eintrittskarte abverlangen...?"

Der SPD-Bundestagsabg. Karl Liedtke hat dazu erklärt: "Die Übertragung dieser Gedanken auf andere kommunale Einrichtungen hätte zur Folge, daß zum

Beispiel bei den Verkehrsbetrieben der Preis für Zeitfahrkarten um durchschnittlich 50 vH und für Schülerfahrkarten um durchschnittlich 70 vH angehoben werden müßte. Eine Theaterkarte würde zwischen 60 und 80 DM oder noch mehr kosten. Die Staatssekretärin des Dr. Kohl fordert damit unumwunden den Abbau unseres Sozialstaates. Für die Mehrheit der Bevölkerung soll zum unerschwinglichen Luxus werden, was nur für eine kleine Schicht von Privilegierten täglicher Konsum bliebe. Konsummentalität wird nicht etwa dem privaten Schwimmbadbesitzer vorgeworfen, nicht dem, der im öffentlichen Schwimmbad mühselos jeden Preis zahlen könnte, sondern zum Beispiel der vierköpfigen Familie, für die ein kostendeckender Eintrittspreis von 24 DM zu teuer wäre."

Genau das befürchten wir Sozialdemokraten bei der von der CDU/CSU angeführten Diskussion um die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Im Gegensatz zu Prof. Biedenkopf wollen wir die Verbreiterung des Freiheitsraumes des Einzelnen durch verbesserte Möglichkeiten, an den kulturellen Leistungen teilzuhaben und die eigene Freizeit sinnvoll und aktiv zu nutzen; ohne hohe materielle Fesseln. Wenn Prof. Biedenkopf plausibel nachweisen kann, wie ein Privatunternehmen, etwa in Bremen, unter den heutigen Gebührensätzen und Tarifen Hallenbäder oder Museen, Sporthallen oder Theater, die Volkshochschule oder die Büchereien der Bevölkerung in gleichem Umfang zur Verfügung stellen kann, dann bitte ich um sofortige Übermittlung eines solchen Angebotes.

Im Übrigen widerspricht es dem Verständnis für einen kostenbewußten und an betriebswirtschaftlichen Prinzipien orientierten öffentlichen Dienst, wenn man der öffentlichen Hand nur diejenigen Aufgaben belassen will, die keine Erträge abwerfen oder nur der Verlustabdeckung dienen, während die Bereiche, in denen möglicherweise auch einmal Gewinne gemacht werden (u.a. in Versorgungsunternehmen), aus dem Aufgabenbereich der öffentlichen Hand herausgelöst würden. Inzwischen sollte es doch Prof. Biedenkopf nachdenklich stimmen, daß die CDU/CSU-Kommunalvertreter die Privatisierungsdebatte nur dort ideologisch führen, wo sie in der Minderheit sind, während sie überall dort, wo sie in den Städten eine Mehrheit hinter sich haben, vernünftigerweise zu rechnen beginnen, um nicht den Bürgern die Kosten einer verklebten Privatisierungskampagne aufzulasten. Wenn die Ausführungen von Frau Laurin die Freiheit interpretieren, die Prof. Biedenkopf und die CDU/CSU gegen Sozialdemokraten und Liberale schützen wollen, dann wird sie die Bürger teuer zu stehen kommen.

(-/16.7.1976/va/pr)

+ * +

Die rechtspolitische Bilanz der SPD ist positiv!

Vier Jahre realistische und erfolgreiche Rechtspolitik

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Bundesjustizminister und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Rechtspolitik ist ein Kernstück jeder Gesellschaftspolitik. Denn jeder gesellschaftliche Fortschritt, jedes Mehr an Gerechtigkeit, an Freiheit für den einzelnen, an Mitwirkung und an sozialer Sicherheit muß sich früher oder später im geschriebenen Recht niederschlagen.

Das wußten die Sozialdemokraten vor uns. Nicht umsonst waren die Programme von Erfurt und Heidelberg in ihren praktischen Teilen rechtspolitische Programme. Und nicht umsonst haben gerade Sozialdemokraten darauf gedrungen, daß unser Grundgesetz bestehende Zustände nicht gleichsam statisch fest schreibt, sondern Handlungs- und Gestaltungsaufträge normiert. Verfassungsmäßige Ordnung: Das ist nicht Versteinierung der Vergangenheit. Das ist Fortentwicklung, die sich an Grundwerten orientiert. Das ist immer neue Verwirklichung dessen, worauf wir uns verständigt haben: als Volk im Grundgesetz, als Sozialdemokraten im Godesberger Programm.

Rechtspolitik ist deshalb Reformpolitik, die Bestehendes ändert, um Werte zu bewahren.

Unsere Gegner machen uns zwei merkwürdige Vorwürfe. Die einen sagen: Gerade auf rechtlichem Gebiet sei die Reformpolitik gescheitert. Andere wieder sagen: Wir hätten durch neue Gesetze Freiheit eingeschränkt und die Werte abgebaut. Und manche bringen sogar das Kunststück fertig, beide Vorwürfe gleichzeitig zu erheben.

Das ist eine bewilligte Verfälschung der Realität, die auch durch Unwissenheit oder parteipolitische Voreingenommenheit nicht entschuldigt werden kann. Wahr ist nämlich, daß noch in keiner Legislaturperiode zuvor gerade unsere Rechtsordnung so intensiv fortentwickelt worden ist, wie

in der Periode, die jetzt zu Ende geht.

- Hundert Jahre lang hat man über die Reform des Strafvollzugs diskutiert. Drei Anläufe sind gescheitert. Wir haben gehandelt. Am 1. Januar 1977 tritt ein modernes Strafvollzugsgesetz in Kraft; im Übrigen das erste, das es je auf deutschem Boden gab.

- Fast hundert Jahre galt in unserem Land die Bestimmung des § 218 StGB. Sie drohte dort mit Strafen, wo Rat und Hilfe notwendig ist. Wir haben vielfältige Hindernisse überwunden und neues Recht geschaffen. Es tritt am kommenden Montag in Kraft. Eine alte Forderung der Humanität: Wir haben sie endlich erfüllt.

- Seit 75 Jahren kämpften wir um den Schutz der Mieter vor ungerechtfertigter Kündigung und vor willkürlicher Mieterhöhung. Hier lag ein Feld ständiger Auseinandersetzung. Wir haben die Kette befristeter Notgesetze endlich aufgebrochen, die immer erneute Unruhe und Sorge von Millionen Menschen beendet und den sozialen Frieden durch ein soziales Mietrecht auf Dauer gesichert.

- Seit dreißig Jahren wird die Erneuerung des Eherechts gefordert. Wir haben sie durchgesetzt: Ab 1. Juli 1977 gilt in unserem Land ein ehrlicheres, ein menschlicheres Eherecht. Ein Eherecht, das von der Gleichberechtigung nicht nur redet, sondern die Gleichberechtigung verwirklicht.

- Viele Jahre hat man sich über die Wirtschaftskriminellen erregt, über die "Verbrecher im weißen Kragen". Man kann aber nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen. Deshalb haben wir auch hier gehandelt. Das erste Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität, kürzlich verabschiedet, wird diesen Kriminellen ihr Treiben künftig wesentlich erschweren.

Wir haben noch mehr getan: Das neue Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen stärkt die Position des Verbrauchers, weil es das Kleingedruckte in vielen alltäglichen Verträgen künftig größer und deutlicher schreibt; die Adoptionsreform verhilft Tausenden von elternlosen Kindern dazu, daß sie in intakten Familien aufwachsen können; das Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten hilft jenen Mitbürgern,

die der Staat nicht schützen konnte; mehrere Novellen zu den Prozeßordnungen beschleunigen die Verfahren vor den Zivil- und den Strafgerichten.

Bei einer solchen Bilanz wirkt das Gerede von den versandeten Reformen, von den Reformruinen einfach lächerlich. Wann hat denn irgend eine Bundesregierung bisher ein umfassenderes Programm verwirklicht?

Und wo ist denn die Freiheit eingeschränkt, wo sind Werte abgebaut worden? Etwas bei der Reform des § 218? Nein. Hier haben wir Rigorosität durch Menschlichkeit ersetzt, hier haben wir den Schutz des Lebens entscheidend verbessert. Und außerdem haben wir - noch so nebenbei - eine dicke Schicht von Heuchelei und doppelter Moral abgetragen, die bisher die Probleme verdeckte. Das aber ist nicht weniger, das ist mehr Wertbezogenheit.

Bei einer Eherechtsreform ist es nicht anders. Sind denn Gleichberechtigungen und Menschenwürde keine Werte? Und welch merkwürdiges Eheverständnis haben eigentlich diejenigen, die meinen, es stärke die Institutionen der Ehe, wenn Ehen, die schon längst gescheitert sind, vom Staat auf dem Papier zwangsweise zum Schein aufrechterhalten werden? Das ist doch eher eine Mißachtung, eine glatte Herabwürdigung der Ehe als personaler Lebensgemeinschaft.

Und sonst? Jedes dieser Gesetze ist an Werten orientiert. An den Grundwerten unserer Verfassung. Jedes drängt die Ellbogengesellschaft ein Stück zurück. Jedes erfüllt den Auftrag des Grundgesetzes in seiner Weise: Das Opfer von Gewalttaten, der Mieter, das adoptierte Kind, der Partner einer gescheiterten Ehe, der Verbraucher, aber auch der straffällig gewordene Mensch - jeder einzelne von ihnen erfährt durch unsere Reform mehr Gerechtigkeit. Nicht abstrakt, sondern in seinem unmittelbaren täglichen Leben.

Und die Freiheit? Gewiß, wir haben auch Freiheit eingeschränkt: etwa die Freiheit der Wirtschaftskriminellen; oder: die Freiheit derer, die Allgemeine Geschäftsbedingungen zum Schaden des Verbrauchers mißbrauchen; oder: die Freiheit von Vermietern, die aus der Verfügungsbefugnis über ihr Eigentum mißbräuchlich Herrschaftsbefugnisse über Mieter ableiteten.

Damit ist Schluß. Das zeigt die positive Bilanz unserer Rechtspolitik. Nie zuvor ist deutlicher geworden, daß wir uns einmal mehr auf diesem unserem ureigensten Gebiet als die führende politische Kraft und als Wahrer des Rechts, der Freiheit und der Grundwerte erwiesen haben. Jetzt müssen wir unsere Leistungen nur offensiv vertreten. (-/16.7.1976/miz/e/pr)

+ + +

Das ist die "Freiheit" der CSU

Brutale Ausnutzung der Mehrheitsposition im Landtag

Von Volkmar Gabert MdB

SPD-Fraktionsvorsitzender im bayerischen Landtag und Mitglied des SPD-Vorstandes

Der bayerische Landtag erlebte in seiner letzten Sitzungswocde vor den Ferien äußerst harte Zusammenstöße zwischen SPD und FDP auf der einen und der absoluten CSU-Mehrheit auf der anderen Seite, die weit über den üblichen "Ferienkrach" hinausgingen. Für den Zündstoff hatten zwei Affären gesorgt. Die sowohl für die CSU-Führungsspitze als auch für die bayerische CSU-Regierung typisch sind. Die Affäre Heubl - in Wirklichkeit handelt es sich allerdings um eine neue Affäre Strauß - wird ihre Fortsetzung in einem Untersuchungsausschuß finden, den die SPD-Landtagsfraktion grundsätzlich bereits beschlossen hat. Die andere Affäre hängt mit der Benennung eines neuen Präsidenten des bayerischen Obersten Rechnungshofes zusammen. Das Verhalten der CSU-Mehrheit ist bezeichnend dafür, wie die Verwilderung der demokratischen Sitten immer mehr um sich greift.

Die Landtagsopposition hatte den Ministerpräsidenten gezwungen, seinen Favoriten für den Posten des Rechnungshofpräsidenten zurückzuziehen, weil er durch sein Verhalten im Zusammenhang mit dem Kassieren eines beträchtlichen Betrages aufgrund einer Nebentätigkeit nicht gerade geeignet wäre, bei den übrigen Beamten solche Schlupflücher zu stopfen. Die FDP brachte daraufhin im Landtag einen Gesetzentwurf ein, der die Ausschreibung dieses Amtes forderte. Wie üblich sollte der Gesetzentwurf zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen werden. Redner von SPD und FDP nahmen zu diesem Gesetzentwurf kurz Stellung. Plötzlich fühlte sich Ministerpräsident Goppel angegriffen und hielt eine glühende Verteidigerrede für seinen Favoriten. Im Verlauf der weiteren Diskussion beantragte die CSU schließlich die sofortige Behandlung und die Ablehnung des Gesetzentwurfes, was in namentlicher Abstimmung auch geschehen ist. Der Vorsitzende der CSU-Fraktion begründete dies mit der Feststellung, die CSU habe ohnehin beschlossen, diesen Gesetzentwurf in den Ausschüssen abzulehnen.

Das Verhalten der CSU läuft darauf hinaus, daß die Beratung von Gesetzentwürfen der Opposition in den Parlamentsausschüssen vom Wohlverhalten der Antragsteller abhängig gemacht wird. Der Parlamentarismus dadurch zu einer Farce, die Parlamentsentscheidungen wurden in den Fraktionsaal der Mehrheitspartei verlegt. Meines Wissens ist in der Bundesrepublik bisher eine solche Mißachtung grundlegender parlamentarischer Regeln noch nicht beobachtet worden.

es bedingstigende an dem Vorgang ist es, daß es sich dabei nur um ein Glied in der Kette einer immer rücksichtsloseren Ausnutzung der Mehrheit handelt. Daß sich führende CSU-Politiker besonders zu stark autoritären Regierungsformen hingezogen fühlen, ist hinreichend bekannt. Neu ist, daß sie diese Erfahrungen jetzt in Bayern auch zu praktizieren beginnen.

(-/16.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Presseendienstes

Die CSU-Geheimakte Dr. Franz Heubl (Schluß)

Dr. Franz Heubl

Abdruck

8 München 22, 6. Mai 1976

Herrn
Dr. Wilhelm Fritz
Katharinenstr. 6
8000 München 71

Lieber Willi !

Bei einer längeren Aussprache, die ich unlängst mit F.J. Strauß hatte, sagte er mir, daß ein Redakteur des Bayerischen Rundfunks, namens Friedl, vor einiger Zeit einen negativen Kommentar im Bayerischen Rundfunk über ihn gegeben habe. Auf Befragen hättest Du erklärt, Herr Friedl habe mich als Quelle bzw. Informanten angegeben. Du verstehst sicher, daß ich Anlaß genug sah, um die-
se Sache nachzugehen. Bei einem Empfang, den der Bayerische Ministerpräsi-
dent vorgestern in der Schackgalerie für einige Journalisten gab, saß Herr
Friedl zufällig an meinem Tisch. Auf mein Befragen hat Herr Friedl mir, im
Übrigen der Wahrheit gemäß, bestätigt, daß er zu keinem Zeitpunkt weder per-
sönlich, noch telefonisch, noch über Dritte, mit mir über F.J. Strauß oder
im Sinne des von ihm gegebenen Kommentars geredet hat. Herrn Friedl war völ-
lig unverständlich, wieso ein Zusammenhang zwischen seinen Äußerungen und
mir zustande gekommen ist. Da ich besonderen Wert darauf lege, nicht fortge-
setzt zu Unrecht als jemand zu erscheinen, der bewußt kritische Bemerkungen
macht, habe ich mir erlaubt, Dich von diesem Sachverhalt zu unterrichten und
darf Abdruck dieses Briefes auch an F.J. Strauß schicken. Im Übrigen hoffe
ich, daß wir uns bald einmal wieder persönlich sehen, um über andere Probleme
zu reden.

Mit freundlichen Grüßen

Dein

gez. Franz

31. Am 18.3.1976 erschien in der 'Frankenpost' ein Artikel von Peter
Vetter mit der Überschrift 'Darüber spricht man, Heubl im Blickpunkt' (siehe
Anlage), sowie am 23.3.1976 von H.G. Schulz mit dem Thema: 'Der 'mysteriöse
Vorgang'' (siehe Anlage). Beide Artikel wären nicht zustande gekommen, wenn
nicht von H. selbst oder von seiner Umgebung Bemerkungen und Andeutungen zu
Lasten anderer, insbesondere des Parteivorsitzenden, gemacht worden wären.

32. In der Ausgabe des 'Stern' vom 18.3.76 findet sich in einem Artikel
zu den Vereinbarungen mit Polen ein wörtliches Zitat von H.: 'Strauß ist out.
Jetzt ist er besoffen.' (Siehe Anlage) H. begründete sich mit einer bloßen Ge-
gendarstellung im 'Stern' und war trotz Aufforderung des 'Bayernkurier' und
trotz der Bitten des Parteivorsitzenden nicht bereit, Klage gegen den 'Stern'
zu erheben.

33. In der Ausgabe des Nachrichtenmagazins 'Der Spiegel' vom 3.5.76 fin-
det sich auf Seite 27 folgendes wörtliches Zitat von H. 'Für den bayerischen
Ministerpräsidenten braucht's einen Herrn, und Strauß ist kein Herr.' (Siehe
Anlage)

H. schrieb im Zusammenhang mit dieser Veröffentlichung den als Anlage beige-
fügten Brief an Strauß, in dem er mitteilte, die ihm in den Mund gelegte Be-
hauptung sei un wahr, seine Gegendarstellung erfolge nach Absprache mit Rechts-
anwalt Dr. Servatius, den er gleichzeitig beauftrag habe, bereits jetzt Vor-
sorge für eine gegen den Spiegel notwendig werdende Klage zu treffen. Die Ge-
gendarstellung im Spiegel erfolgte (siehe Anlage), eine Klage gegen den Spie-
gel wurde dagegen bis heute nicht erhoben.

16. Juli 1976

Dr. Franz Heubl

8 München 22, 6. Mai 1976

Herrn
Bundesminister a.D.
Dr.h.c. Franz J. Strauß
Lazarettstr. 33
8 München 19

Lieber Franz Josef !

Unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung im heutigen Spiegel übersende ich Dir in der Anlage mein Farnschreiben, aus dem hervorgeht, daß die mir in den Mund gelegte Behauptung unwehr ist. Meine Gegendarstellung erfolgt nach Absprache mit Rechtsanwalt Dr. Servatius. Ich habe ihn gleichzeitig beauftragt, bereite jetzt Vorsorge für eine gegen den Spiegel notwendig werdende Klage zu treffen. Auch anderen Behauptungen über Äußerungen meinerseits bin ich mittlerweile nachgegangen.

Vorgestern Abend anlässlich einer Einladung von Ministerpräsident Goppel saß mir gegenüber Herr Friedl vom Bayerischen Rundfunk, der ohne weiteres zugibt, mit mir noch nie und zu keinem Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem von Dir beanstandeten Kommentar gesprochen zu haben. Mit dem im Abdruck beiliegenden Brief an Dr. Willi Fritz habe ich dieses ausdrücklich richtiggestellt.

Derüber hinaus habe ich Herrn Dr. Schmelzer gebeten, mir schriftlich und in Übereinstimmung mit sämtlichen Mitgliedern seines Kreises Aufschluß über das angeblich existierende Protokoll zu geben und sich zu der Behauptung zu äußern, ich hätte meine Mitwirkung am Polen-Vertrag unterstrichen und negativ über Dich geredet. Die Stellungnahme von Herrn Schmelzer werde ich Dir, sobald sie vorliegt, übermitteln.

Ich bin nicht mehr bereit, dieses gilt allerdings gegenüber allen Seiten, zum Prügelknaben gemacht zu werden, wobei die Motive jeweils verschieden sein mögen, die Wirkung aber sicher immer dieselbe ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dein

gez. Franz

34. Der Bonner 'General-Anzeiger' vom 15.6.76 geht in einem Artikel von Volker Skierka unter der Überschrift 'Strauß bietet Heubl Schach - Ein Gerichtstermin als Ende einer politischen Karriere?' auf die anstehenden Gerichtstermine gegen 'Stern' und 'Spiegel' ein, in denen H. wegen der ihm dort zugeschriebenen Zitate: 'Strauß ist out. Jetzt ist er besoffen.',

sowie 'Für den bayerischen Ministerpräsidenten braucht's einen Herrn und Strauß ist kein Herr ' als Zeuge benannt ist (siehe Anlage).

Schlußbemerkung

H. ist auf alle diese Vorgänge angesprochen worden. Er hat immer wieder erklärt, dies alles nicht oder so nicht gesagt zu haben. Dies alles seien Versuche, ihn politisch wie persönlich zu diffamieren und alles dies müsse daher als Angriff auf die Gesamtpartei betrachtet werden. H. hat immer wieder seine Loyalität zur Partei und zu ihrem Vorsitzenden beteuert und immer wieder erklärt, man könne sich auf ihn verlassen. Alle gegenteiligen Erscheinungen beruhten auf Lügen und seien Verleumdung und Brunnenvergiftung. H. versucht immer wieder Glauben zu machen, daß zwischen ihm und Strauß keine sachlichen und politischen Gegensätze bestünden. Zuweilen versteigt er sich sogar zu der Behauptung, er schätze und möge Strauß. H. vermeidet es, offen zu kämpfen und zu streiten. Er hat daher noch in keinem Fall zu dem gestanden, was er publizistisch veranlaßt hat.

Er hat gleichzeitig große Lobreden, z.B. anlässlich des 60. Geburtstages, auf Strauß gehalten und ihn gegenüber Gesprächspartnern so schlecht wie nur möglich gemacht und sich als seinen Nachfolger empfohlen. In wichtigen politischen Entscheidungen, wie beispielsweise den Ost-Verträgen, hat er in der Öffentlichkeit gegen sie gesprochen, dann aber gleichzeitig den Eindruck erweckt, daß er eigentlich für sie gewesen sei. Die Feststellung ist gerechtfertigt, daß H. seinem Parteivorsitzenden in allen entscheidenden politischen Überlegungen, angefangen von den Ost-Verträgen, über den Grundgesetzvertrag bis zu den Polenvereinbarungen in den Rücken gefallen ist.

Alle in dieser Punktation aufgeführten Sachverhalte sind nicht das Produkt von intensiven Nachforschungen, sondern Ergebnisse, die sich mehr oder weniger zufällig ergeben haben. Sie können daher keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern müssen deshalb als die Spitze des Eisberges angesehen werden."

Fast alle Punkte sind früher mit H. besprochen worden und waren Thema eines dreistündigen Gesprächs vor wenigen Tagen, das aber leider die Lage nicht änderte."
(-/16.7.1976/vc/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller